



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sofortprogramm für günstigen Windstrom in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird angesichts des schleppenden Windkraftausbaus in Bayern aufgefordert,

- sich auf Bundesebene für eine Sonderauusschreibung „Süd“ für neue Windenergieanlagen in Süddeutschland einzusetzen,
- einen Runden Tisch mit der Windbranche anzusetzen, um einen Fahrplan zur Erreichung der eigenen Ausbauziele für Bayern zu erstellen,
- sich auf Bundesebene für eine dauerhafte Erhöhung der Ausschreibungsmengen bei der Windkraft einzusetzen.

Begründung:

Die Weichenstellungen durch das Wind-an-Land-Gesetz zeigen Wirkung und die Windkraft ist in ganz Deutschland und auch in Bayern stark im Aufwärtstrend. Für die Projekte wurden bis zur Teilnahme an der Ausschreibung Beträge in höherem sechsstelligen Bereich ausgegeben und die regionalen Planungsverbände haben bereits oder werden entsprechende Windenergieflächen ausweisen. 171 Genehmigungen für Windräder gab es laut Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie von Januar bis November 2025 durch bayerische Behörden und im gleichen Zeitraum wurden 774 neue Anträge auf Genehmigung eingereicht. Der Großteil dieser Anlagen wird aber nicht gebaut, wenn es zu keiner Erhöhung der Ausschreibungsmengen durch die Bundesregierung kommt.

Trotz der steigenden Genehmigungszahlen für neue Windprojekte werden somit in den kommenden Jahren, unter den derzeitigen Rahmenbedingungen, kaum neue Windräder in Bayern zugebaut werden. Von den 551 bezuschlagten Windrädern gingen bei der vergangenen Ausschreibung der Bundesnetzagentur lediglich Zuschläge für 26 neue Windräder nach Bayern. Auch für die kommenden Ausschreibungen deutet sich an, dass die Ausschreibungen massiv überzeichnet sein werden und bayerische Windprojekte weitestgehend leer ausgehen werden. Die Staatsregierung ist deshalb gefordert zu handeln. Ein ambitionierter Ausbau der Windenergie ist entscheidend, um die bayerischen Klimaziele zu erreichen, die regionale Versorgung mit günstigem, sauberem Strom zu sichern und das Energiesystem insgesamt effizienter zu gestalten. Für den Fall, dass der Windkraftausbau weiterhin überwiegend in Norddeutschland stattfindet, steigt der Netzausbaubedarf und die Notwendigkeit Redispatch-Maßnahmen durchzuführen. Somit nehmen auch die Kosten zu, die am Ende alle Stromkundinnen und -kunden tragen. Ein weiterhin ausbleibender Ausbau der Windenergie im Freistaat

würde zudem die Winterstromlücke, die derzeit bereits groß ist, weiter vergrößern, den Strom verteuern, die Klimabilanz verschlechtern und den bayerischen Importbedarf von über ein Viertel des Strombedarfs gemessen am Verbrauch weiter in die Höhe treiben. Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, sich auf Bundesebene aktiv für Verbesserungen bei den Ausschreibungsbedingungen einzusetzen und so den Weg für mehr Windenergie in Bayern freizumachen.